Laibacher Zeitung.

Nr. 95.

Freitag am 26. April

1850.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 10 fl., halbjährig 5 fl., mit Kreuzband im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 30 kr. Für die Zustellung ins Haus sind halbjährig 30 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzjährig, unter Kreuzband und gedruckter Adresse 13 fl., halbjährig 6 fl. 30 kr. — Insetionsgebühren für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, für einmalige Einschaltung 3 kr., für zweimalige 4 kr., für dreimalige 5 kr. G. M. Insetate bis 12 Zeilen 1 fl. für 3 Mal einzuschalten.

Memtlicher Theil.

Am 25. April 1850 wird in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XLVII. Stück des allgemeinen Reichsgesetz- und Regierungsblattes, und zwar vorläufig bloß in der deutschen Allein- dann der magyarisch-deutschen Doppelausgabe ausgegeben und versendet werden.

Dasselbe enthält unter

Nr. 144. Den Erlaß des Ministers des Cultus und Unterrichts vom 29. März 1850, wodurch die für die übrigen österreichischen Universitäten mit Ministerial-Erlaß vom 10. März 1850 (XXXIII. Stück des Reichsgesetzblattes vom Jahre 1850 Nr. 117) eingeführten Universitäts- Zeugnisse auch an der Pester Universität eingeführt werden.

Nr. 145. Die Verordnung des Ministers des Cultus und Unterrichts vom 31. März 1840, betreffend die Aufhebung der Directoren und die Ernennung der Decane und des Rectors an der Universität zu Pesth.

Außerdem wird ebenfalls am 25. April 1850 das XLII. Stück des allgemeinen Reichsgesetz- und Regierungsblattes, welches am 16. April 1850 vorläufig bloß in der deutschen Alleinausgabe erschienen ist, nunmehr auch in der italienisch-deutschen Doppelausgabe ausgegeben und versendet werden.

Dasselbe enthält unter

Nr. 139. Das kaiserliche Patent vom 12. April 1850, wodurch die Verfassung für die reichsunmittelbare Stadt Triest erlassen und verkündet wird.

Wien, den 24. April 1850.

Vom k. k. Redactions-Bureau des allgemeinen Reichsgesetz- und Regierungsblattes.

Allerunterthänigster Vortrag des Ministers des Cultus und Unterrichts, Grafen Thun,

über die mit den katholischen Bischöfen wegen Regelung der kirchlichen Angelegenheiten gepflogenen Verhandlungen.

(Schluß.)

Das Kirchengesetz verordnet, daß zu Besetzung erledigter Pfarren ein Concurß ausgeschrieben, und die Befähigung der Bewerber durch dazu bestellte Examinatoren geprüft werde. Diese zweckmäßige Maßregel ward in Oesterreich von der politischen Gesetzgebung gänzlich in ihren Bereich gezogen.

Staatsverordnungen regelten die Art und Weise der Prüfung, so wie die Verbindlichkeit, sich derselben zu unterziehen, und die Zeit für welche die mit Erfolg bestandene Prüfung Geltung hatte; vom Staate waren die Professoren der theologischen Lehranstalt als Examinatoren aufgestellt, nur der Examinator aus der Dogmatik blieb dem Bischöfe zu freier Auswahl überlassen, an die Landesregierung hatte man sich um Dispens von der Concurßprüfung zu wenden.

Die versammelten Bischöfe haben das Recht, die Befähigung zur Uebung der Seelsorge zu beurtheilen, die geistliche Gewalt in Anspruch genommen, und die Staatsgewalt kann ihr im Hinblick auf §. 2 des allerhöchsten Patentes vom 4. März 1849 dieses Recht nicht streitig machen. Allein auch für den Staat ist es von Wichtigkeit, daß die Befähigung von Männern, welche als Pfarrer wirken sollen, auf eine zweckmäßige Weise geprüft werde; die Regierung

muß wünschen, daß in dieser Beziehung in den verschiedenen Diöcesen ein gleichmäßiger Vorgang beobachtet werde. Sie muß wissen, welche Bürgschaft für die Befähigung der Seelsorger durch die Einrichtung der Concurßprüfung geboten ist, um beurtheilen zu können, in wie weit und unter welchen Bedingungen sie ihnen ihrerseits in Beziehung auf die Schule, das Armenwesen und die Eheangelegenheiten Functionen übertragen kann, deren Verbindung mit dem geistlichen Amte für den Staat, wie für die Kirche wünschenswerth ist.

Die Regierung Euerer Majestät darf und muß daher das Verlangen stellen, daß die über die Concurßprüfungen zu erlassenden Verfügungen, bevor sie in Ausführung kommen, zu ihrer Kenntniß gebracht werden, damit sie das, was sie von ihrem Standpunkte aus wünschen muß, in Anregung bringen, und auf allfällige Schwierigkeiten aufmerksam machen könne. Die versammelten Bischöfe haben nicht verkannt, daß die für die Pfarr-Concurßprüfung bisher geltenden Anordnungen vieles Zweckmäßige enthalten, und daß es nothwendig sey überall, wo nicht ausnahmsweise Verhältnisse eine Ausnahme begründen, ein übereinstimmendes Verfahren zu beobachten. Deshalb haben sie sich über folgende Bestimmungen geeinigt:

„Die Pfarr-Concurßprüfung soll in jeder Diöcese jährlich zum wenigsten einmal und zwar mündlich und schriftlich vorgenommen werden.“

„Gegenstände dieser Prüfung sind: 1. Dogmatik. 2. Erläuterung der heiligen Schrift nach der Vulgata. 3. Moral und Pastoral sammt Liturgik mit vorherrschend practischer Richtung. 4. Kirchenrecht. 5. Vollständiger Entwurf und theilweise Ausarbeitung einer Predigt. 6. Mündlicher Vortrag. 7. Katechese.“

„Zur Erlangung jedes Amtes selbstständiger Seelsorge ist erforderlich, daß der Bewerber die Pfarr-Concurßprüfung mit gutem Erfolge bestanden habe.“

„In wie fern für Canonicate, mit welchen zwar die Verpflichtung zur Seelsorge, aber kein selbstständiges Seelsorgsammt verbunden ist, die Pfarr-Concurßprüfung nothwendig sey, bleibt dem Ermessen des Diöcesan-Bischofes überlassen.“

„Zur Pfarr-Concurßprüfung sollen nur Solche zugelassen werden, welche seit wenigstens drei Jahren die Befugniß zur Verwaltung der Seelsorge erlangt haben.“

Die Concurßprüfung hat in der Regel für sechs Jahre zu gelten, doch kann durch Provinzialconcilium ein längerer oder kürzerer Zeitraum bestimmt werden.“

„Nur die dienstthuenden oder emeritirten Professoren der Theologie, jene Doctoren der Theologie, welche zu Erlangung dieser Würde sich den strengsten Prüfungen unterzogen, und solche Männer, welche sich in einem theologischen Fache als Schriftsteller ausgezeichnet haben, dürfen von Ablegung der Pfarr-Concurßprüfung dispensirt werden.“

Von Wiederholung derselben kann der Bischof auch Solche loszählen, welche als Seelsorger oder in anderer Weise ihre theologischen Kenntnisse hinreichend erprobt haben.“

„Kein Bischof ist verbunden, die Pfarr-Concurßprüfung, welcher sich ein Bewerber in einer fremden Diöcese unterzogen hat, als für Pfünden seines Sprengels genügend anzuerkennen.“

Diese Anordnungen enthalten nichts, wogegen die Regierung Einsprache erheben müßte; im Gegentheile genügen sie jedem Interesse, welches der Staat an der Einrichtung dieser Prüfung haben kann. Allein es liegt keine Bürgschaft vor, daß die gefaßten Beschlüsse von den Bischöfen und ihren Nachfolgern als sie rechtlich verbindend angesehen werden. Mit Rücksicht auf dieses Verhältniß glaubt der treuehorsaamste Ministerrath den ehrfurchtsvollen Antrag stellen zu sollen, Eure Majestät geruhen anzuordnen, daß die vollständige Durchführung der von den versammelten Bischöfen über die Pfarr-Concurßprüfung getroffenen Bestimmungen kein Hinderniß finde, unter dem Vorbehalte, daß dieselben nicht ohne mit der Regierung gepflogene Rücksprache abgeändert werden, und daß, wo und in so weit als diese Beschlüsse nicht zur Richtschnur genommen werden, bei der Pfarr-Concurßprüfung nach den bisherigen Anordnungen vorgegangen werde.

Von der Ansicht ausgehend, daß Alles, was auf den Staat Einfluß nehmen könne, der Verfügung des Staates unterstehe, erließ die österreichische Gesetzgebung über den Gottesdienst der katholischen Kirche die genauesten Anordnungen, deren viele jedoch längst in Vergessenheit gerathen sind. Dagegen erklären die versammelten Bischöfe mit Berufung auf §. 2 der Grundrechte, daß sie fernerhin den Gottesdienst, und alles darauf Bezügliche inner der Gränzen der allgemeinen Staatsgesetze selbstständig anordnen, und nur den Geist und die Gesetze der katholischen Kirche dabei zur Richtschnur nehmen werden. Der treuehorsaamste Ministerrath muß den von den Bischöfen erhobenen Anspruch als begründet erkennen.

Allerdings ist es für die Regierung von Wichtigkeit, daß das Recht, den Gottesdienst zu ordnen, stets mit weiser Vorsicht geübt werde, um so mehr, da die Versammlungen, welche die Ausübung eines gesetzlich gestatteten Cultus zum ausschließlichen Zwecke haben, von den gesetzlichen Beschränkungen des Versammlungsrechtes entbunden sind. Auch hat die Staatsgewalt unstreitig, wie das Recht, so die Pflicht, Fürsorge zu tragen, daß nicht unter dem Vorwande gottesdienstlicher Handlungen die Ruhe gestört, oder die Sicherheit gefährdet werde, und der treuehorsaamste Ministerrath behält sich vor, zu diesem Zwecke Euerer Majestät gesetzliche Bestimmungen vorzuschlagen, welche sich auf den Gottesdienst aller Religionsgesellschaften zu beziehen haben werden. Aber die versammelten Bischöfe haben ausgesprochen, daß sie es sich zur Pflicht machen, Alles, was an der bestehenden Gottesdienstordnung zweckmäßig und heilsam ist, sorgsam aufrecht zu halten, und daß keine Abänderung ohne Zustimmung der Provinzial-Synode gemacht werden solle; sie haben ausgesprochen, daß sie in der veränderten Stellung der Gesetzgebung eine doppelte Aufforderung finden, jeder willkürlichen Neuerung und jedem Mißbrauche, welcher sich beim Gottesdienste einschleichen könnte, mit unermüdlcher Thätigkeit zu begegnen. Zwar lehrt auch hier die Schwierigkeit hinsichtlich der Geltung der Beschlüsse zurück. Dennoch glaubt der treuehorsaamste Ministerrath in Berücksichtigung des der Kirche verbürgten Rechtes, die kirchlichen Angelegenheiten, zu welchen der Gottesdienst vor allem Andern gehört, selbstständig zu ordnen, darauf einrathen zu sollen, Eure Majestät geruhen zu genehmigen, daß es jedem Bischofe frei stehe, den Gottesdienst seiner Diöcese im Sinne der eben erwähnten, von den versammelten

Bischöfen gefaßten Beschlüsse zu ordnen und zu leiten.

Die versammelten Bischöfe haben endlich auch die Bitte gestellt, „Daß die Regierung Euerer Majestät der Feier des Sonntages und der wenigen katholischen Feiertage ihren Schutz nicht entziehe, und wie bisher Alles, was die Heiligung dieser Tage stört, fern halte.“

Der treuehorsaamste Ministerrath erkennt die Nachteile und Störungen, welche entstehen müßten, wenn dieser Gegenstand dem Bereiche polizeilicher Aufsicht gänzlich entzogen würde, und die Staatsgewalt in keiner Beziehung die Rücksichten, welche die Staatsbürger einander hinsichtlich der äußern Darstellung ihrer religiösen Ueberzeugung schuldig sind, durch ihr Einschreiten aufrecht halten wollte. Die eigenthümlichen Verhältnisse einzelner Kronländer bieten jedoch in dieser Beziehung Schwierigkeiten, welche es nothwendig machen, die genaue Regelung des Gegenstandes einem späteren Zeitpunkte vorzubehalten; Euerer Majestät dürften sich jedoch bewegen finden, anzuordnen, daß indessen die Behörden angewiesen werden, auf Grundlage der bestehenden Gesetze darüber zu wachen, daß an Orten, wo die katholische Bevölkerung die Mehrzahl bildet, die Feier der Sonn- und Festtage nicht durch geräuschvolle Arbeiten oder durch öffentlichen Handelsbetrieb gestört werde.

Geruchen Euerer Majestät den gestellten Anträgen die allerhöchste Genehmigung zu ertheilen, und den ehrfurchtsvoll Unterzeichneten zu ermächtigen, die Eingaben der bischöflichen Versammlung in Gemäßheit der diesem allerunterthänigsten Vortrage entwickelten Ansichten zu erledigen.

Wien, am 7. April 1850.

Ich un.

Ueber diesen Vortrag erließ folgende allerhöchste Entschliessung:

Zum Vollzug der durch §. 2 des Patentes vom 4. März 1849 der katholischen Kirche verbürgten Rechte, genehmige Ich über Antrag Meines Ministers des Cultus und Unterrichtes und auf Einrathen Meines Ministerrathes für alle Kronländer Meines Reiches, für welche jenes Patent erlassen ist, nachstehende Bestimmungen:

§. 1. Sowohl den Bischöfen, als den ihnen unterstehenden Gläubigen steht es frei, sich in geistlichen Angelegenheiten an den Papst zu wenden, und die Entscheidungen und Anordnungen des Papstes zu empfangen, ohne dabei an eine vorläufige Zustimmung der weltlichen Behörden gebunden zu seyn.

§. 2. Den katholischen Bischöfen steht es frei, über Gegenstände ihrer Amtsgewalt und innerhalb der Gränzen derselben an ihren Clerus und ihre Gemeinden, ohne vorläufige Genehmigung der Staatsbehörde, Ermahnungen und Anordnungen zu erlassen; sie haben jedoch von ihren Erlassen, in so fern sie äußere Wirkungen nach sich ziehen, oder öffentlich kund gemacht werden sollen, gleichzeitig den Regierungsbehörden, in deren Bereich die Kundmachung erfolgen, oder die Anwendung geschehen soll, Abschriften mitzutheilen.

§. 3. Die Verordnungen, durch welche die Kirchengewalt bisher gehindert war, Kirchenstrafen, die auf bürgerliche Rechte keine Rückwirkung üben, zu verhängen, werden außer Kraft gesetzt.

§. 4. Der geistlichen Gewalt steht das Recht zu, jene, welche die Kirchenämter nicht der übernommenen Verpflichtung gemäß verwalten, in der durch das Kirchengesetz bestimmten Form zu suspendiren oder abzusetzen und sie der mit dem Amte verbundenen Einkünfte verlustig zu erklären.

§. 5. Zur Durchführung des Erkenntnisses kann die Mitwirkung der Staatsbehörden in Anspruch genommen werden, wenn denselben der ordnungsmäßige Vorgang der geistlichen Behörde durch Mittheilung der Untersuchungsacten nachgewiesen wird.

§. 6. Mit der Durchführung dieser Bestimmungen ist Mein Minister des Cultus und Unterrichtes beauftragt.

Meine Behörden sind anzuweisen, daß, wenn ein katholischer Geistlicher seine Stellung und die

ihm in derselben für kirchliche Zwecke zustehenden Befugnisse zu anderen Zwecken in der Art mißbraucht, daß seine Entfernung vom Amte für nothwendig erkannt wird, sie sich deshalb vorerst mit seinen kirchlichen Vorgesetzten ins Einvernehmen sehen.

Den Gerichtsbehörden ist zu verordnen, daß, wenn ein katholischer Geistlicher wegen Verbrechen oder Vergehen verurtheilt wird, dem Bischöfe die Verhandlungsacten auf sein Verlangen mitgetheilt werden.

In der Mir zustehenden Ernennung der Bischöfe erkenne Ich ein von Meinen erlauchten Vorfahren überkommenes Recht, welches Ich gewissenhaft zum Heile und zum Frommen der Kirche und des Reiches auszuüben gedenke. Um bei der Auswahl der Person das Beste der Kirche zu wahren, werde Ich stets geneigt seyn, bei Besetzung von Bisthümern, wie dies auch bisher in Übung war, den Rath von Bischöfen, und namentlich von Bischöfen der Kirchenprovinz, in welcher das Bisthum erlediget ist, zu hören.

Ueber die bei Ausübung der landesfürstlichen Rechte in Betreff der Besetzung geistlicher Aemter und Pfründen zu beobachtende Form hat Mein Minister des Cultus und Unterrichtes Mir die geeigneten Anträge zu erstatten.

Zur Durchführung der von der Versammlung der Bischöfe in Betreff der Bedingung zur Erlangung von Domherrnstellen, der Domicellar-Canonicate, dann in Betreff der Wahlcapitel zu Olmütz und Salzburg beschlossenen Maßregeln sind die Bischöfe, in so weit Meine Regierung dazu mitzuwirken berufen ist, kräftigst zu unterstützen.

Die vollständige Durchführung der von der Versammlung der Bischöfe über die Pfarr-Concurs-Prüfung getroffenen Bestimmungen soll, unter dem Vorbehalte, daß dieselben nicht ohne mit der Regierung gepflogene Rücksprache abgeändert werden, kein Hinderniß finden; jedoch soll dort, wo, und in so weit, als jene Beschlüsse nicht zur Richtschnur genommen werden, bei der Pfarr-Concurs-Prüfung nach den bisherigen Anordnungen vorgegangen werden.

Ich genehmige, daß es jedem Bischöfe frei stehen soll, den Gottesdienst in seiner Diocese im Sinne der von der Versammlung der Bischöfe gefaßten Beschlüsse zu ordnen und zu leiten.

Meine Behörden sind anzuweisen, auf Grundlage der bestehenden Gesetze darüber zu wachen, daß an Orten, wo die katholische Bevölkerung die Mehrzahl bildet, die Feier der Sonn- und katholischen Festtage nicht durch geräuschvolle Arbeiten oder durch öffentlichen Handelsbetrieb gestört werde.

Im Uebrigen nehme Ich den Inhalt der Mir vorgelegten Eingaben der Versammlung der Bischöfe zur Kenntniß, und ermächtigte Meinen Minister des Cultus und Unterrichtes, solche in Gemäßheit der in diesem Vortrage entwickelten Ansichten zu erledigen. Ueber die noch unerledigten Fragen sind Mir die geeigneten Anträge mit thunlicher Beschleunigung zu erstatten, und insofern ein Einvernehmen mit dem päpstlichen Stuhle nothwendig ist, sind hiezu die nöthigen Vorbereitungen und Einleitungen zu treffen.

Dieses Einvernehmen wird sich auch auf die Regelung des Einflusses zu erstrecken haben, der Meiner Regierung gewahrt werden muß, um von geistlichen Aemtern und Pfründen im Allgemeinen Männer fern zu halten, welche die bürgerliche Ordnung gefährden könnten.

Wien am 18. April 1850.

Franz Joseph.

Veränderungen in der k. k. Armee.

Beförderungen:

General-Major Samuel Graf Gyulai v. Maros-Nemeth und Nadaska, zum Feldmarschall-Lieutenant und Divisionär beim 12. Armee-Corps in Siebenbürgen; — Oberst Friedrich Heller, vom General-Quartiermeisterstabe, zum General-Major und Brigadier beim 3. Armee-Corps in Böhmen; Ingenieur-Oberst Lazarus Mamula, Truppen-Brigade-Comman-

dant in Ragusa und Cattaro, zum General-Major mit Belassung des aufhabenden Commando's in Dalmatien; Oberst Martin Signorini, Commandant des 3. Feldjäger-Bataillons, zum General-Major und Brigadier beim 13. Armee-Corps in Ungarn; Oberst Valentin Eder von Siebencicher, Commandant des Feld-Artillerie-Regiments Kaiser Franz Joseph Nr. 1, zum General-Major, mit Vorbehalt des Ranges für seine Vornänner, und Artillerie-Inspector in Verona; Oberstlieutenant Joseph Resznicek, vom 2. Banal-Gränz-Regimente Nr. 11, zum 2. Obersten im Regimente; — Oberstlieutenant Joseph von Dürfeld, Commandant des 2. Feldjäger-Bataillons, zum Obersten in demselben; Oberstlieutenant Ignaz Edler v. Döpfner, Director der Feuergewehr-Fabrik in Wien, zum Obersten in dieser Verwendung; — Major Cajetan Nagy de Galantha, von Prinz Wafa Infant. Nr. 60, zum Oberstlieutenant und Commandanten des neuerrichteten 1. Sanitäts-Bataillons; — Major Ludwig Böheim v. Heldensinn, vom aufgelösten 2. steiermärk. Schützen-Bataillon, zum Oberstlieutenant, mit Belassung als Interims-Commandant des 6. Feldjäger-Bataillons; Major Friedrich Freiherr von Kulmer, vom Oguliner Gränz-Regimente Nr. 3, zum Oberstlieutenant beim Brooder Gränz-Regimente Nr. 7; Major Anton Gößmann, Commandant des 13. Feldjäger-Bataillons, zum Oberstlieutenant und Commandanten des 23. Jäger-Bataillons; Hauptmann Gustav Freiherr von Spielmann, von Prinz Wafa Infanterie Nr. 60, zum Major im Regimente; Hauptmann Ferdinand Herites, vom 1. Szekler Gränz-Infanterie-Regimente Nr. 14, zum überzähligen Major mit dermaliger Belassung in seiner Verwendung als Bezirks-Commissär zu Udvarhely; Hauptmann Hugo Schupp, vom 13. Feldjäger-Bataillon, zum Major und Commandanten des 13., dann Hauptmann Franz Schöbel, vom 12. Feldjäger-Bataillon, zum Major und Commandanten des 2. Feldjäger-Bataillons.

Politische Nachrichten.

O e s t e r r e i c h.

Neustadt in Unterkrain, 23. April. Nicht allein an anderen Orten, sondern auch hier herrscht große Noth an kleineren Münzgattungen, ja sogar an Münzschneien, was auf den allgemeinen Verkehr sehr hemmend einwirkt, und eine Theuerung der nothwendigsten Lebensartikel immer mehr und mehr herbeiführt. Obwohl hier bereits eine k. k. Sammlungscasse besteht, so findet sich dieselbe aus, dem Publicum unbekanntem Gründen bisher nicht bestimmt, dasselbe durch Verwechslung von Banknoten in Scheidemünze, oder wenigstens in Münzscheinen zu befriedigen, und so den Verkehr zu erleichtern.

Eine schnelle Abhilfe in diesem nicht unbedeutenden Orte und in dessen Umgebung, bei der erwähnten Geldnoth, erscheint dringend nothwendig; denn der Mangel an kleinem Gelde wird nur noch immer größer, der Verkehr gehemmt und die Theuerung erhöht, wenn dem Uebelstande durch Verwechslung bei der Sammlungscasse nicht bald abgeholfen wird; da dieselbe durch Einsammlung der Steuern und Abgaben dem Verkehre auch noch die hier wenigen cursirenden Münzscheine entzieht und der Landes-casse einsendet, anstatt sie unter das Publicum zu bringen.

Gratz, am 22. April. Die Installation des Oberlandesgerichtes hat in den Sälen der Burg Statt gefunden. Schon am Vortage war zu diesem Ende der Herr Justizminister von Schmerling angekommen; er empfing noch in den Vormittagsstunden den Gemeinderath und das Gremium der Advocaten.

□ Aus dem Pressburger Districte, 21. April. Die Verlängerung des Einwechslungstermins der Ein- und Zweigulden-Noten auf sechs Monate war, was man so sagt, ein „tiefgeföhlttes“ Bedürfnis; ich wüßte nicht, wie wir, wäre der frühere Status beibehalten worden, uns aus dem Chaos gerettet hätten, denn unsere Münzscheine werden eben auch immer seltener, und der Wucher greift damit stark

um sich. Wer doch nur gleich ein „Hausmittel,“ aber ein durchgreifendes, erfände, derart Bucher hintanzuhalten, denn ich glaube, wenn im Augenblicke 25 Millionen Zwanziger und Sechser geprägt werden könnten, würden sie wie ein Tropfen im Meere verschwinden. In den Weinbergen der Preßburger Stadt und Umgebung soll viel Silber, ja sogar Kupfer, welches voriges Jahr vor einer etwaigen Invasion gesichert ward, verborgen liegen. Welcher unserer Legistativen findet die Wünschelruthe, um diese Schätze, diese Todten, hervorzuzaubern...? — Preßburg ist gegenwärtig der Ehre theilhaftig, den Reichsprimas von Sežitovskij zu beherbergen; am Samstag Früh kam er mittelst Dampfschiff von Gran hieher, und wurde von dem Domcapitel der übrigen Stadt- und Landgeistlichkeit und den Behörden empfangen; die Lehrer mit der Schuljugend hatten Spalier gebildet, und unter Glockengeläute zog der Kirchenfürst in sein Palais. Gestern hielt er früh eine „Jubiläums Prozession“ ab, der eine ungemeine Volkszahl beiwohnte; heute ward von ihm in der Domkirche der Firmungsact vorgenommen, und Alles strömte herbei, sich demselben zu unterziehen. Der Primas ist ein ziemlich bejahrter, aber robuster Mann von ehrwürdigem Aussehen; seine Popularität ist eine seltene. — Uebermorgen geht eine Deputation der Stadt Preßburg nach Wien, um den Feldzeugmeistern Haynau und Sellachich das prachtvoll angefertigte Ehrenbürgerrechtsdiplom zu überreichen.

Pesth. Ein mit Eisenbahnschleppern beladenes Schiff aus Eichenholz, ist in Pesth am 20. Morgens durch ein hart anfährendes Dampfschiff beinahe mitten auf dem Strom untergegangen; kaum hatten die Schiffeleute Zeit, es bis an's Pesther Ufer zu bringen, wo es dennoch gänzlich untersank. Dreiviertel des Werthes der getauchten Ware ist bei der Azienda versichert. Man beschäftigt sich nun, was möglich, zu retten.

Deutschland.

Neuerdings macht eine grauenhafte Mordthat in München viel von sich sprechen. Am 19. April fand man die Witwe Macherl in ihrer Stube tod auf dem Boden liegen. Die Unglückliche wurde, wie die gerichtliche Obduction erwies, zuvor erhenkt und dann erst auf den Boden gelegt, wo man sie, den Oberleib innerhalb, die Füße außerhalb der Thürschwelle gekehrt mit einem weißleinen Lappen zugedeckt fand. Oben am Thürstocke ward ein eiserner Haken sichtbar, der noch nicht lange hineingeschlagen zu seyn schien, und woran ohne Zweifel die arme Frau zuvor aufgeklopft worden war. Als Thäter werden ihre eigene Tochter und deren Geliebter bezeichnet! Beide sind bereits gefänglich eingezogen. Die „N. M. Z.“ knüpft an die Mittheilung dieser grauenhaften That traurige Bemerkungen über die Entfittlichung des Volkes.

Die „Deutsche Reform“ vom 22. d. meldet mit gesperrter Schrift: „Gestern Abend fand im Schlosse zu Bellevue im Beiseyn Sr. Majestät des Königs ein Ministerrath Statt, an welchem auch der General v. Radowik, welcher zu diesem Zwecke aus Erfurt gekommen war, Theil nahm. Wir erfahren, daß die Staatsregierung sich dafür entschieden habe, eine Unterbrechung der Sitzungen des Erfurter Parlamentes nicht eintreten, sondern die demselben noch vorliegenden Arbeiten zunächst zur Erledigung kommen zu lassen.“ Die sonderbare Fassung des letzten Passus ist so elastisch, daß sich dahinter wohl mehr als eine Nichtvertagung des Parlamentes verbirgt.

Demselben Journale zu Folge bestätigt es sich, daß die schwebenden Differenzen zwischen der Staatsregierung und einem Theile des Episcopats voraussichtlich im Anschlusse an die von den in Köln zu einer Conferenz versammelten Bischöfe gefaßten Beschlüsse zu einer baldigen befriedigenden Lösung kommen werden.

Der Prinz Ferdinand von Sardinien, Herzog von Genua, Bräutigam der Prinzessin Elisabeth, ist am 20. d. Früh in Dresden angekommen. Die Einsegnung der Ehe wird am 22. April, Nachmittags zwei Uhr, in der kathol. Hofkirche vollzogen werden.

Dänemark.

Kopenhagen, 17. April. Das Schreiben des Kaisers von Rußland an unsern König, in so freundschaftlicher Weise mitgetheilt, erregt die allgemeine Aufmerksamkeit; doch kann noch nichts Bestimmtes über dessen Inhalt mitgetheilt werden. Man versucht jedoch mit diesem Schreiben die freundliche Aufnahme und die heute Abend gegönnte Audienz des Grafen Otto Rankau in Zusammenhang zu bringen.

Italien.

In Rom (16. April) hieß es, daß das römische Municipium aufgelöst werden und jede Section nun wieder ein abgesondertes Dicasterium unter dem Vorsteher eines Prälaten bilden soll. — Die Frage, ob in Rom die französischen Wachen beibehalten, oder durch päpstliche ersetzt werden sollen, war noch nicht entschieden. — Eine Correspondenz des „Nationale“ spricht von einer Differenz zwischen dem Papst und dem Cardinal Antonelli, in deren Folge letzterer auf seine Demission antrug, welche jedoch die auswärtigen Minister nicht zulassen wollten. Am 16. wurde der französische Commandant mit seinem Generalstabe beim heil. Vater zum Fußkusse zugelassen.

Aus Rom vom 18. d. wird gemeldet, daß die Wachtposten im Vatican abwechselnd von dem französischen und päpstlichen Militär bezogen werden. — In den Sälen des Fürsten Borghese versammelte sich am 17. Abends die Elite der römischen Gesellschaft, um die Rückkehr des Papstes festlich zu begehen. Außer den Cardinälen, den Mitgliedern des diplomatischen Corps und verschiedenen Generalen und Officieren der französischen Garnison folgten auch viele römische, Patricier- und fremde Familien der an sie ergangenen Einladung. Das Fest begann mit einer musikalischen Akademie, und endete mit einem glänzenden Balle, welcher bis Morgens um 4 Uhr dauerte.

Rußland.

Aus Kalisch, 19. April, schreibt man dem „E. Bl.“: „Es ist gewiß, daß Rußland bei seinen gewaltigen Rüstungen im Königreiche Polen ein besonderes Augenmerk auf Frankreich richtet, wo es den Ausbruch einer neuen Revolution noch vor den Wahlen erwartet. Die Officiere unserer Garnison unterhalten sich vielseitig von dem bevorstehenden Feldzuge nach Frankreich, und die Kosaken träumen schon von reicher Beute. — Wie zu erwarten stand, war die Reise des Fürsten von Warschau nach St. Petersburg in dieser Zeit der Kriegsgerüchte von sehr kurzer Dauer, denn derselbe ist bereits wieder in Warschau angekommen. Daß der Kaiser den Fürsten nur wegen eines wichtigen Auftrages zu sich berufen hat, dieß steht wohl außer Zweifel. — Auch Fürst Scherbatow ist nach vollendeter Mission in Wien durch Warschau nach Petersburg gereist, und es gibt reisende Generale und Flügel-Adjutanten zwischen Warschau und St. Petersburg mehr denn je. — Von dem Waffenplatz Polen sind zwei bekannte Generale, wahrscheinlich auf längere Zeit, oder vielleicht für immer abgetreten, nämlich die General-Lieutenants Grabbe, hier noch in sehr gutem Andenken, und Saff.“

Der „Agr. Ztg.“ vom 24. April wird von der bosnischen Gränze unterm 19. April gemeldet: In meinem letzten Berichte vom 12. d. M. theilte ich Ihnen die Nachricht mit, daß Nowi und Priedor von den Insurgenten besetzt wurden. Diese Nachricht muß ich betreff Priedor dahin berichtigen, daß Priedor von den Insurgenten am 9. nicht besetzt, sondern bloß die darin befindlichen vezirlichen Truppen aufgefordert worden sind, abzugeben und die Feste zu übergeben, welcher Aufforderung jedoch kein Gehör geschenkt wurde.

Priedor mit Gewalt zu nehmen, hiezu sind die Insurgenten nicht entschlossen, denn Priedor ist sowohl seiner Lage als auch der darin befindlichen gutgesinnten Bezirlichen wegen nicht so leicht einzunehmen, zudem wäre der Angriff der Insurgenten auch

ein zu gewagtes Spiel, weil Banjaluka von Priedor nicht weit entfernt ist, allwo eine bedeutende Macht k. Truppen sich versammelte, die in kurzer Zeit den Bezirlichen zu Hilfe eilen würde.

Priedor wurde demnach aufgegeben, und die Insurgenten sind ohne weiteren Versuch von dort entlassen worden. Gleichzeitig berichte ich Ihnen, daß am 12. d. M. die Insurgenten zu Branograča bald handgemein wurden, wozu die Auswahl und Beköstigung jener Panduren Anlaß gab, die die Landesgränze zu überwachen haben, weil jedes an der Landesgränze naheliegende Schloß nach Verhältnis der Entfernung eines Schlosses vom anderen eine Anzahl Panduren zu unterhalten hat, die von den Türken und der Raja beköstigt werden sollen. Obwohl die Beköstigung und die Zahl der Panduren nur sehr gering ist, da jedes Schloß höchstens 16—20 Mann zu unterhalten hat, der Lohn eines Panduren jährlich nur fünfzig Zwanziger beträgt, so wollten einige Türken diese Last der armen Raja ganz aufbürden, nur Türken zu Panduren wählen, und die Raja noch mehr drücken; allein einige Türken der Insurgentenschaar dachten menschlicher, machten derartige Vorschläge, die Niemanden zu schwer fallen würden, indem sie die ganze Last gemeinschaftlich tragen und auch einen Theil aus der Raja zu Panduren wählen wollten. Ein heftiger Wortwechsel entspann sich, es wurde zu den Waffen gegriffen, doch darauf durch mehrere alte Türken, die den streitenden Parteien die Billigkeit des letzteren Vorschlages auseinandersetzten, die Ruhe wieder hergestellt, und der Beschluß gefaßt, daß die Lasten gemeinschaftlich getragen werden.

Osmanisches Reich.

Im verflossenen Jahre hat sich der Fall ereignet, daß ein vornehmer Türke gewaltsam in die Wohnung der Gebrüder Raja, welche als österreichische Staatsbürger in dieser Stadt das Schneiderhandwerk betrieben, eindrang und beim Beschauen mehrerer fertiger Kleider dieselben mißhandelte. Auf die darüber geschehene Anzeige des k. öster. Viceconsulates an die k. Internunciatur zu Constantinopel erwirkte die letztere einen Befehl des Bezirks an den Gouverneur zu Scutari, dem zu Folge dieser ärgerliche Vorfall entschuldigt, und den Beschädigten, welche mittlerweile nach Salonich übersiedelt hatten, ein Schadenersatz von 4500 Piastern zuerkannt, und wirklich ausbezahlt wurde. Wir berichten diese glänzende Genugthuung als einen Beweis, daß auch hier zu Lande die Heiligkeit des Hausrechtes der öster. Staatsbürger die gerechte Anerkennung findet.

Neues und Neuestes.

— Wien, 25. April. Die seit vorgestern eingeleiteten Anmeldungen zur Wahl eines neuen Gemeinderathes sind auch heute in geringer Zahl gewesen, und es gibt sich allenthalben eine traurige Apathie für das politische Leben kund, welche besonders im Innern der Stadt zu seyn scheint.

— Die provisorischen Gesetze, welche die neue Justizverfassung bedingen, sind sämmtlich in Angriff genommen und theils vollendet, theils der Vollendung nahe. Das Ministerium wird die Entwürfe dieser prov. Gesetze nach ihrem völligen Abschlusse und vorausgegangener nochmaliger umsichtiger Berathung mit besonderen Vorträgen ungesäumt der Sanction Sr. Majestät des Kaisers zuführen.

— Sämmtliche Minister sollen dem Vernehmen nach am 1. Juni, als dem Tage, an welchem die neuen Gerichte in's Leben treten, mit verschiedenen Orden decorirt werden.

Telegraphische Depeschen.

— Paris, 22. April. Die Legislative hat das Deportations-Gesetz angenommen und dessen letzte Lesung Statt gefunden. Fünpercentige Rente 89 Fr. 20 Cent., dreipercenlige 55 Fr. 55 Cent.

— Berlin, 23. April. Preußen wird den von Oesterreich projectirten Congress deutscher Staaten Bevollmächtigter unbeschiedt lassen. Die Erfurter Versammlung dürfte bereits nächstens verlag werden.